

# Politische Repression an den Hochschulen und ihre Folgen: Versuch einer sozialpsychologischen Interpretation

*Hans Hermsen*

## 1. Vorbemerkung

Ein Teil der im folgenden referierten und analysierten Ergebnisse über Folgen des "politischen Klimas" an den Hochschulen entstand aus dem "pädagogischen Interesse", Kollegiaten im Rahmen einer Unterrichtsart für die Wahrnehmung von politischen Handlungen und deren Folgen zu sensibilisieren. Die Kollegiaten sollten im Prozeß des "forschenden Lernens" den Gegenstand der Untersuchung - Formen der politischen Einflußnahme an der Hochschule und deren Konsequenzen - bearbeiten. Sie sollten empirisch einen Zugang zu dieser Problematik gewinnen, indem sie aufgefordert wurden, Hypothesen aufzustellen, zu prüfen und Schlußfolgerungen für die allgemeine und für ihre eigene Lebenspraxis zu ziehen.

Die methodischen Ansprüche an eine wissenschaftlich präzise Analyse des Untersuchungsgegenstandes, z.B. Objektivität der Auswertung, Nachprüfbarkeit der Ergebnisse und Nachvollziehbarkeit der Interpretation, sind - soweit es der Rahmen einer Unterrichtspraxis ermöglicht - eingehalten worden. Auftauchende Probleme (z.B. Repräsentativität der Stichprobe) werden im Text aufgegriffen und bewertet. Das Ziel ist es, weitere Untersuchungen mit entsprechend methodisch verfeinerten Versuchsplänen und Instrumentarien anzuregen.

In der Terminologie des Unterrichtsgegenstandes sind neutrale Bewertungen unmöglich. "Berufsverbote", "Radikalenerlaß", "Überprüfung der Verfassungstreue" sind jeweils Begriffe, die eine Vielfalt der Sachverhalte, Vorwürfe und Konflikte des existierenden "politischen Repressionsklimas" in der Bundesrepublik Deutschland beschreiben. Weder die offiziöse Wortwahl "Überprüfung der Verfassungstreue" noch die von den Unterrichtsprojekten gewählte Bezeichnung "Berufsverbote" sind neutral. Jeder Begriff ist von einer politischen Grundhaltung mitbestimmt und beinhaltet eine Wertung.

Die Teilnehmer der im folgenden beschriebenen Unterrichtsprojekte sind mehr oder weniger von der Voraussetzung ausgegangen, daß sie die Überprüfungspraxis, die dazu führt, daß Wissenschaftler, Lehrer, Postbeamte etc. in ihren ausgebildeten Berufen nicht mehr tätig sein dürfen, ablehnen. Im Interesse einer unvoreingenommenen Forschung wurde es von allen Beteiligten als notwendig angesehen, jeden Arbeits- und Auswertungsschritt gemeinsam zu diskutieren und festzulegen. Die Ergebnisse sollten eine begründete Einschätzung des Untersuchungsgegenstandes gewährleisten

und Veränderungen in der persönlichen Einstellung und Überzeugung der Teilnehmer in die eine oder andere Richtung nicht ausschließen. Eine offene Reflexion der bewußten Voreinstellungen zur Problematik verminderte die Gefahr einer nicht gewünschten Beeinflussung der Ergebnisse.

Die folgende Darstellung

- a) zeigt zunächst die politischen Auseinandersetzungen um die "Überprüfung der Verfassungstreue" für den öffentlichen Dienst auf,
- b) versucht die vorliegenden empirischen Untersuchungen zu den Folgen der Überprüfungspraxis für den Hochschulbereich zusammenzufassen,
- c) knüpft an den Befunden an und stellt die im Projektunterricht am Oberstufen-Kolleg entwickelten Erkenntnisinteressen und Arbeitshypothesen dar,
- d) erläutert die Ergebnisse der im Rahmen des Projektunterrichts durchgeführten Simulationsexperimente und Befragungen.

## 2. Die Überprüfungspraxis und ihre Konsequenzen im Hochschulbereich

### 2.1 Entstehung und Entwicklung der Auseinandersetzung um den "Radikalenerlaß"

Seit dem 28. Januar 1972 existiert in der Bundesrepublik Deutschland ein "Radikalenerlaß". Die Ministerpräsidenten der Länder, unter Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Brandt, verabschiedeten die "Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst". Danach durfte in Bund und Länder nur derjenige Bewerber ins Beamtenverhältnis berufen werden, "wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratischen Grundrechte eintritt". Zweifel an der Verfassungstreue begründete schon allein die Mitgliedschaft in einer Organisation, die "verfassungsfeindliche Ziele" verfolge. Ein solcher Zweifel sollte "in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrags" rechtfertigen (Wortlaut 1972). Die darauf folgenden Jahre waren durch heftige Auseinandersetzungen um das "Für" und "Wider" dieses Erlasses und seiner Auswirkungen bestimmt. Vertreter von Parteien, Gerichten, Gewerkschaften und anderen Organisationen, ja sogar das "Ausland", sammelten Argumente, um die Praxis zu rechtfertigen bzw. abzulehnen (vgl. Keller 1977; Spoo 1977; Enderlein 1978; Kurz 1978 u.a.). Über Jahre hinweg schien sich die Praxis festzusetzen, daß die von CDU/CSU geführten Länder allein daran festhielten, daß Mitgliedschaft in einer legalen Organisation bzw. Partei, die als verfassungsfeindlich eingeschätzt wurde, Zweifel an der Verfassungstreue begründen würde. Die SPD hielt an ihrer Forderung nach Einzelfallprüfung als eine praktikablere Form fest.

Gegen die Praxis der Unterdrückung von Meinungen und den Versuch, durch Verfassungsschutz "Erkenntnisse" über Bewerber für den öffentlichen Dienst zu sammeln und sie dadurch in ihrer Existenz zu bedrohen, hatte sich von Anfang an eine breite Bewegung von Bürgerinitiativen, Vertretern verschiedener politischer, weltanschaulicher und gewerkschaftlicher Richtungen gewendet (vgl. u.a. Bethge/Roßmann 1973; Grimm/Siebels 1977; Enderlein 1978). Sie wiesen besonders auf die gefährlichen Auswirkungen einer solchen politischen Handlung in Bezug auf "Freiheit von Forschung und Lehre", auf die Bereitschaft, aktiv politisch tätig zu sein und sich an der Weiterentwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu beteiligen, hin.

Erst sehr spät wurde von den verantwortlichen Politikern die Gefahr einer zunehmenden Resignation und Passivität der jungen Generation erkannt. Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Bereiche (z.B. Kirche, Wissenschaft) und selbst konservative Politiker wiesen darauf hin, daß ein geringeres Engagement der Jugend, Opportunismus und eine höhere Unsicherheit, politisch öffentlich aufzutreten und mangelnde Zivilcourage im Gefolge der allgemeinen Überprüfungspraxis zu beklagen seien (vgl. u.a. Schröter 1978; Gottschalch 1978; Engelmann 1979).

Dem Druck der Öffentlichkeit nach Abschaffung jeglicher Gesinnungsprüfung und Einengung politischer Gedanken- und Handlungsfreiheit wurde auf der einen Seite durch wechselnde "Grundsätze" Rechnung getragen. Auf der anderen Seite wurden "staatliche Sicherheitsbedürfnisse" als notwendig angeführt, die bisherige Praxis weiterzuführen. So gab es zunächst "Vorläufige Richtlinien über die Beurteilung von Zweifeln an der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 22.5.1975"; danach wurden im Rahmen der "Liberalisierungsdebatte" "Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst" aufgestellt, die seit dem 1. Januar 1980 z.B. in Nordrhein-Westfalen in Kraft sind.

## 2.2 Zum Ausmaß und Umfang der politischen Repression im Hochschulbereich

Der Bundesvorstand des "Bundes demokratischer Wissenschaftler" (BdWi) brachte in Zusammenarbeit mit dem "Arbeitsausschuß der Initiative Weg mit den Berufsverböten" eine Broschüre heraus, in der eine Bestandsaufnahme der "Fälle" im Hochschulbereich vorgenommen wurde, die aus politischen Gründen diszipliniert wurden. Die Dokumentation umfaßt 178 Personen des wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereichs, die seit 1972 politische Überprüfungen, Anhörungen, Einstellungsverzögerungen bzw. Nichteinstellungen, Entlassungen, Disziplinarmaßnahmen, Entzug von Prüfungsbefugnissen, Ablehnung von Vertragsverlängerungen und Verweigerung der Beamtenernennung unterzogen wurden.

Es ist nicht zufällig, daß die Hochschulen eine zentrale Bedeutung bei der Einschränkung von politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten einnehmen. 10% aller "Fälle", die vom Berufsverbot betroffen sind, gehören dem Hochschulbereich direkt an. Bei den Bewerbern außerhalb der Hochschule (z.B. Lehrer, Juristen etc.) wurden von Verwaltungsbehörden, Ministerialkommissionen und Gerichten "Erkenntnisse" aufgegriffen, die der Verfassungsschutz zum größten Teil an den Universitäten und Hochschulen gesammelt hat. Es handelt sich dabei um "Kandidaturen für Studentenparlamente und andere universitäre Selbstverwaltungsgremien", "Mitgliedschaft in legalen Studentenorganisationen" oder "Beteiligung an politischen Aktionen und Aktivitäten an der Hochschule". Die staatstragenden Parteien und verantwortlichen Persönlichkeiten vermeiden es tunlichst, den Hintergrund dieser restriktiven Maßnahmen darzulegen. In der Tendenz werden durch diese Aktivitäten wissenschafts- und gesellschaftskritische Theorien und Personen von der Lehre und Forschung an den Universitäten ferngehalten. Eine Reihe von sozialwissenschaftlichen Theorien (z.B. der Marxismus) bietet eine Anleitung zum Handeln in der späteren beruflichen Praxis und kann die Auszubildenden in ihrer politischen Willensbildung aktuell und perspektivisch auf ihre objektive Interessenlage in dieser Gesellschaft orientieren. Eine aktive politische Interessenvertretung während des Studiums und im Verlauf der späteren Berufstätigkeit wird als eine "Gefahr" gesehen, die dazu führen kann, daß sich die Menschen nicht reibungslos ökonomischen und politischen "Sachzwängen" unterordnen. Durch die Berufsverbotepolitik sollen diejenigen, die sich nicht widerstandslos politischer Herrschaft anpassen und unhinterfragt Theorien, die die gesellschaftliche Realität umkehren, akzeptieren, konsequent verunsichert werden, ihre Existenzgrundlage bedroht und zur Leugnung ihrer Interessen gezwungen werden.

Der Senat der Universität Bielefeld sah sich aufgrund dieser Zusammenhänge und Hintergründe genötigt, eine Stellungnahme gegen die Versuche, die Freiheit von wissenschaftlicher Forschung und Lehre durch "erfolgte, versuchte und mögliche Einschränkungen" zu unterminieren (vgl. Stellungnahme des Senats der Universität Bielefeld 1979). In dieser Stellungnahme wurde auf die Überprüfungspraxis im Gefolge des "Radikalenerlasses" und die sich daraus ergebende Verunsicherung von Hochschulangehörigen hingewiesen und "Grundsätze für die Tätigkeit in akademischer Ausbildung und Forschung" formuliert. Der Senat forderte ein prinzipiell offenes wissenschaftliches Arbeiten, Denken und Kommunizieren an der Hochschule und verurteilte jegliche Meinungsunterdrückung und Gesinnungsprüfung.

Welche empirischen Ergebnisse können als Beleg für die in der Stellungnahme und vielen anderen Publikationen ausgedrückte Gefahr für das demokratische Bewußtsein und Engagement durch die Berufsverbote angeführt werden?

### 2.3 Empirische Untersuchungen zu den Folgen der Berufsverbote im Hochschulbereich

Empirische Ergebnisse aus folgenden Untersuchungen werden angeführt:

- a) die Fragebogenuntersuchung der "Kommission über Berufsverbote der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie" (vgl. Psychologie heute 1/78; Vorwärts März 78);
- b) eine Befragung an allen Studien- und psychologischen Beratungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Neue Praxis 2/79);
- c) eine Fragebogenuntersuchung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen zur "Politischen Repression an den Hochschulen" (vgl. Hermsen 1980).

Zu a):

In dieser Fragebogenuntersuchung wurde deutlich, daß bei den Wissenschaftlern zunehmend Mißtrauen und Tendenzen zur Selbstzensur auftraten. Es zeigte sich besonders eine Unsicherheit darüber, welche Positionen und Aktivitäten noch "erlaubt" seien und welche mit Berufsverbot sanktioniert werden könnten. Diese Unsicherheit wurde durch die Vielfalt von Vorwürfen geschürt, die aus den Anhörungen bekannt wurden. Angst vor eigener Bedrohung durch Berufsverbote, Erkenntnis der Ausweglosigkeit, eigene Zensurierung des Verhaltens führten nach Aussagen der "Kommission" zu "Resignation" und Rückzug ins Privatleben.

Zu b):

Die "Kommission der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie" führte eine weitere Befragung an allen Studien- und psychologischen Beratungsstellen in der Bundesrepublik durch. Die Studienberater an den Hochschulen, die antworteten, sahen zu

- 92% Auswirkungen auf das Studierverhalten der Studenten
- 80% Auswirkungen auf hochschulpolitische Aktivitäten der Studenten
- 84% Auswirkungen auf die psychotherapeutische Arbeit der Studienberater an den Hochschulen selbst
- 80% Auswirkungen auf die Arbeit der Beratungsstellen bezüglich Prävention und Systemanalyse
- 80% Auswirkungen auf die psychischen Probleme von Studenten, die zur Beratung kommen.

Im einzelnen wurde festgestellt, daß das Studienverhalten von Studenten dadurch gekennzeichnet sei, daß der Zwang, sich taktisch bzw. strategisch zu verhalten, in allen Bereichen der Hochschule zu gestörter Kommunikation führe und zunehmende Resignation bei politischen Aktionen beinhalte. In den Beratungsstellen selbst befürchteten die Studenten eine Weitergabe von Daten an offizielle Stellen. Die Berater gaben an, eine eigene zunehmende Verunsicherung über ihren politischen Spielraum zu erfahren und eine Zurückhaltung zu beobachten, sich präventiv zu betätigen.

Zu c):

In einer Fragebogenuntersuchung der "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)" des Landes Nordrhein-Westfalen wurden 2500 Fragebogen an gewerkschaftlich orientierte und organisierte Hochschulangehörige verschickt, von denen 417 in die Auswertung gelangten. Der Fragebogen sprach verschiedene Bereiche der "politischen Repression" an den Hochschulen an:

- a) Bedrohung durch ein akutes Berufsverbot
- b) Politische Überprüfung vor der Einstellung
- c) Verzögerung der Einstellung durch politische Überprüfung ohne Anhörung
- d) Anhörungsverfahren anlässlich der Einstellung
- e) Politisch motivierte Laufbahnbehinderungen
- f) Eingriffe in die Lehrtätigkeit
- g) Eingriffe in die Forschungstätigkeit
- h) Übergriffe der Prüfungsämter
- i) Disziplinierung anlässlich solidarischen Verhaltens bei studentischen Aktionen
- j) Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit an den Hochschulen
- k) Allgemeine Beurteilung der möglichen Verschärfung der politischen Repression und Disziplinierung.

Obwohl die direkten Eingriffe in Forschung und Lehre bzw. die Anzahl der Berufsverbote prozentual niedrig ausfallen, erzielten die Fragen, die auf die Auswirkungen auf nicht direkt betroffene Hochschulangehörige zielten, hohe prozentuale Werte:

- 54,2% (absolut: 230) gaben an, durch die konkreten Maßnahmen bei der Berufsverbotspraxis verunsichert zu sein; 41,7% (absolut: 174) verneinten dies.
- 48,9% (absolut: 219) der Befragten äußerten, daß sie von den Gerüchten gehört haben, daß in Lehrveranstaltungen politische Äußerungen mitprotokolliert würden; 84,2% (absolut: 351) halten dies für möglich.
- 15,8% (absolut: 66) gaben an, daß sie für das Mitprotokollieren von politischen Äußerungen konkrete Hinweise haben.
- 35,7% (absolut: 149) fühlen sich durch diese Gerüchte in ihrer Äußerungsbereitschaft verunsichert und sind zu 75% (absolut: 323) der Meinung, daß ihre Kollegen durch diese Gerüchte verunsichert werden.
- Bei 13,4% (absolut: 56) der Befragten läßt ausdrücklich die Bereitschaft nach, politische Stellungnahmen abzugeben.
- 12,2% (absolut: 34) der Befragten äußerten, daß an ihrer Universität Behinderungen gewerkschaftlicher Aktivitäten vorkommen in Form von Veranstaltungsverweigerungen für die GEW, Verhinderung der Teilnahme von Gewerkschaftern in Lehrveranstaltungen, Raumverbot, Entfernen von Plakaten etc. 2,1% (vermutet 2,6%) gaben an, konkrete persönliche Nachteile durch ihre gewerkschaftliche Arbeit erfahren zu haben.

Die Ergebnisse belegten, daß es zu Eingriffen in die Lehr- und Forschungstätigkeit sowie bei Einstellungen und Beförderungen aus politischen Gründen kommt. Sie führen zu einem Klima an den Hochschulen, in dem Unsicherheit und Mißtrauen der Hochschulangehörigen wachsen, in dem die Bereitschaft sinkt, sich in Lehrveranstaltungen auch politisch zu äußern bzw. eigene politische Veranstaltungen durchzuführen.

Die in der Auswertung des Fragebogens zum Vorschein kommenden Androhungen von Disziplinierungsmaßnahmen im Rahmen der studentischen Aktionen gegen die Hochschulformierung, z.B. "Demokratische Gegenhochschule", sollen die Unsicherheit verstärken. Ein Bündnis zwischen Studenten und Lehrkörper gegen die Unterdrückung von Reformen an den Hochschulen soll verhindert werden. Dabei wandten die Hochschulleitungen Maßnahmen an, um ihre Anweisungen zu kontrollieren, die nach Aussagen der Befragten von der Beobachtung von Dozenten in Lehrveranstaltungen bis zum Verbot von politischen Veranstaltungen reichten.

72,2% der Befragten schätzten auf diesem Hintergrund die gegenwärtige Situation an den Hochschulen als verschärfte Repression ein. Sie drückten ihre Besorgnis aus, daß dies zu einer wachsenden "Selbstzensur" führe und zu einer Unwilligkeit, politisch sich für die Rechte der Hochschulangehörigen einzusetzen.

### 3. Untersuchungen zu den Auswirkungen der Berufsverbotepraxis im Rahmen des Projektunterrichts am Oberstufenkolleg.

Die zitierten Untersuchungen regten Lehrende wie Kollegiaten an, zu prüfen, inwieweit politische Diskriminierungen bei Nichtbetroffenen zu Selbstzensur-Erscheinungen führen bzw. politisches Engagement reduzieren können. Im Rahmen des Projektunterrichts (Gesamtunterricht) am Oberstufenkolleg<sup>\*)</sup> wurden dazu zwei Projekte durchgeführt.

\*) Das Oberstufen-Kolleg ist eine Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen, das in Zusammenarbeit mit den Fakultäten des Gesamthochschulbereichs Bielefeld neue Studieninhalte, Lehrverfahren, Lernvorgänge und Organisationsformen entwickelt. Das Oberstufen-Kolleg stellt eine neue Tertiärstufe im Rahmen des Ausbildungssektors dar, indem es die Sekundarstufe II und das universitäre Grundstudium in einen einheitlichen Ausbildungsgang verbindet. Mit dem vierjährigen Ausbildungsgang will das Oberstufen-Kolleg den Übergang von Allgemeinbildung (Schule) zur Spezialausbildung (Studium) in einem wissenschaftspropädeutischen Grundstudium systematisch erforschen und einen Beitrag leisten zur Lösung des in curricularer Hinsicht noch weitgehend ungeklärten Problems eines verbesserten Hochschulzugangs. Es versucht, den bildungsmäßig und sozial benachteiligten Jugendlichen (Anteil von Jugendlichen aus der Arbeiterschaft 50%) eine gründlichere und wissenschaftspropädeutisch fundiertere Ausbildung zu gewährleisten.

Was ist Gesamtunterricht?

Am Ende jedes Studienhalbjahres findet ein dreiwöchiger Projektunterricht statt, der Gesamtunterricht heißt. Die Kollegiaten wählen sich ein Projekt, das sie selber auch vorschlagen können. Während dieser Zeit arbeiten sie nur für dieses Projekt, und zwar (mindestens) 24 Stunden pro Woche. Ziel des Projekts ist es, ein Produkt zu erstellen und es einer größeren Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen. Für das Projekt sind mehrere Fachaspekte wichtig, so daß Kollegiaten mit unterschiedlichen Wahlfächern zusammenarbeiten können und müssen. Ein weiteres Ziel ist dabei, praktische Probleme besser kennenzulernen, sie zu erforschen und/oder Handlungsmodelle durchzuspielen bzw. Handlungsformen einzuüben.

Folgende Kriterien werden für die Entscheidung verwendet, ob ein Projekt durchgeführt wird:

- Mitbestimmung der Kollegiaten bei der Auswahl und Organisation der Projekte
- Themenbezug zur jetzigen Lebenssituation bzw. zur künftigen Berufspraxis der Kollegiaten
- Verdeutlichung sowohl des Zusammenhangs als auch des Widerspruchs von Theorie und Praxis
- Orientierung an realen, gesellschaftsrelevanten Problemen.

Im Sommersemester '78 und '79 wurden zwei Projekte durchgeführt

- "Berufsverbote - Selbstzensur - Widerstand"
- "Freiheit in Forschung und Lehre im 'freiesten Staat'...", die diese Kriterien im besonderen Maße erfüllen.

In den von Kollegiaten und Lehrenden gemeinsam vorbereiteten Projekten wurde das Problem angesprochen, inwieweit es noch möglich sei, ungehindert für politische Veränderungen im Sinne des Grundgesetzes einzutreten und inwieweit die Menschen noch bereit sind, dies zu tun. Im folgenden können nur die Ergebnisse vermittelt werden, die im Zusammenhang mit der Grundfrage nach den Auswirkungen der politischen Praxis von Gesinnungsüberprüfungen ermittelt wurden. Die beiden Projekte haben zusätzlich eine Ausstellung und Broschüren erstellt, die den geschichtlichen Zusammenhang von politischer Meinungsunterdrückung und Herrschaftssystem und konkrete Bielefelder Berufsverbotsfälle darstellen.

### 3.1 Ergebnisse der "Simulationsexperimente"

Mit Hilfe von "Simulationsexperimenten" sollten Auswirkungen des "Klimas" der Kontrolle durch höhergestellte Instanzen untersucht und in den Zusammenhang der politischen Diskriminierung gebracht werden.



Die experimentelle Versuchsanordnung sah folgendermaßen aus:

Es wurden zwei Gruppen von Lehramtskandidaten, die kurz vor dem Staatsexamen standen, gebildet und zu einer politischen Diskussion ins Oberstufen-Kolleg gebeten.

Dort wurde ihnen in der Instruktion mitgeteilt, daß im durchgeführten Gesamtunterricht eine spezielle Frage näher geklärt werden sollte, nämlich Kleingruppen in der Diskussion zu beobachten. In der Instruktion wurde den Lehramtsbewerbern mitgeteilt, daß sie zu einem politischen Thema Stellung nehmen sollten. Das politische Thema lautete: "Ist Filbinger für unsere Demokratie noch tragbar?"

Die erste Versuchsbedingung dauerte 1/2 Stunde; nach einer 5-minütigen Pause wurde die kritische "Variable" eingeführt, ein "Vertreter" des Schulkollegiums Münster. Den Lehramtsbewerbern wurde ein Erlaß des Schulkollegiums gezeigt, in dem darauf hingewiesen wurde, daß ein "Vertreter" des Schulkollegiums einige Projekte des Gesamtunterrichts besichtigen wollte.

Die Kollegiaten spielten zunächst einen gewissen Ärger, daß ihre Unterrichtssituation "gestört würde", der Schulkollegiumsvertreter versuchte jedoch zu beschwichtigen und alle einigten sich, daß er den Rest der Diskussion anwesend sein sollte. (Der Schulkollegiumsvertreter wurde von einem Lehrenden des Oberstufen-Kollegs gespielt.)

Der zweite Teil der Diskussion sollte die Diskussion zuspitzen und Perspektiven der weiteren politischen Entwicklung in der BRD miteinbeziehen.

In der Auswertung wurde jeder Satz eines Teilnehmers einer Kategorie zugeordnet und schließlich durch die Anzahl der Sätze, die der Teilnehmer insgesamt in den zwei Versuchsbedingungen gesprochen hatte, dividiert. So ergab sich für jede Kategorie im Vergleich der Versuchsbedingung vor dem Eintreffen des "Vertreters" des Schulkollegiums bzw. nach Eintreffen ein Quotient. Anschließend wurde ein Interview mit den Lehramtsanwärtern durchgeführt.

Die Ergebnisse zeigten für beide Versuchsgruppen (Prüfverfahren  $\chi^2$ -Test):

- a) die Anzahl der Schweigeminuten zwischen Versuchsbedingung 1 und 2 nahm signifikant zu ( $p < 1\%$ )
- b) der Vergleich der frequentierten Kategorien deutete bei den Lehramtskandidaten im Beisein des "Vertreters" an,
  - eine Abnahme des "Vertretens der eigenen Meinung" ( $p < 5\%$ )
  - eine deutliche Abnahme der Aussagen von Gruppenmitgliedern, die "Denkanstöße in Richtung auf Aufdeckung von Hintergründen" lieferten ( $p < 1\%$ )
  - eine Abnahme der Versuche von Gruppenmitgliedern, "andere von ihrer Meinung zu überzeugen" ( $p < 5\%$ )

- eine Zunahme der Versuche, die als "konfliktscheu", "Flucht" interpretiert wurden ( $p < 5\%$ )
- eine Zunahme der "Kompromißbereitschaft", des "Wechsels von Themen", der "Schlichtungsbereitschaft" ( $p < 5\%$ ).

Sowohl die zusätzlich durchgeführte qualitative Analyse der Argumentationen in der Diskussion als auch die anschließend durchgeführten Interviews belegen die Tendenz der ermittelten Ergebnisse. In Gegenwart des simulierten Schulkollegiumvertreters reagierten die Lehramtskandidaten spürbar sensibel und ergriffen eher Fremdpositionen, artikulierten nicht mehr deutlich eine eigene Meinung und verhielten sich in ihrer Argumentation zurückhaltend. Begründet wurde dies mit der Vorsicht, der eigenen "Karriere" nicht schaden zu wollen.

### 3.2 Befragung von Hochschulangehörigen der Universität Bielefeld zu ihrer Einstellung hinsichtlich der "politischen Repression" an der Hochschule.

#### 3.2.1 Anliegen der Interviews und ihr Problem der Repräsentativität.

Lehrende und Kollegiaten des Gesamtunterrichts "Freiheit in Forschung und Lehre ..." wollten sich in Form von Intensivinterviews ein genaueres Bild über die Einstellung von Hochschulangehörigen bezüglich des "politischen Klimas" an der Hochschule machen. Dabei sollten nicht mehr schwerpunktmäßig gewerkschaftlich orientierte und organisierte Hochschulangehörige, sondern "normale" Assistenten, Dozenten und Professoren befragt werden.

Nach dem Zufallsprinzip wählten wir aus den verschiedenen Fakultäten der Universität Bielefeld im Hochschulregister Hochschulangehörige (Angestellte, Beamte auf Widerruf und Beamte) aus und versuchten telefonisch bzw. durch direktes Aufsuchen Termine für ein Interview zu bekommen.

Die Lehrenden führten die ca. 20 Kollegiaten des Gesamtunterrichtsprojekts in die Interviewtechnik ein. Gemeinsam wurde der Ablauf der Interviews und die Zielsetzungen besprochen. Folgende Schwerpunkte wurden gesetzt:

- a) Wie reagiert der befragte Hochschulangehörige auf die Fragen hinsichtlich der Vielfalt angebotener Repressionen im Hochschulbereich (Lehrverbot, Prüfungsaufgaben, Forschungszensur etc.)?

- b) Welche Begründungen für eigenes politisches Engagement bzw. Desinteresse werden von dem Befragten angeführt?
- c) Welche Reaktion zeigt der Befragte, wenn er mit der Aufforderung nach einer Unterschrift unter einem Aufruf zur Solidarität mit einem vom Berufsverbot betroffenen Lehrer des Oberstufen-Kollegs konfrontiert wird?

Das Problem der Repräsentativität der Befragung an der Bielefelder Universität stellte sich schon nach 3 Tagen. Die von uns ausgewählten Dozenten lehnten zum größten Teil eine Teilnahme an dem Interview aus unterschiedlichen Gründen ab, insbesondere die Fakultät für Rechtswissenschaft zeigte sich wenig kooperativ. Die Kollegiaten klagten darüber, daß die Professoren sich in der Regel mit ihrem "Terminkalender" entschuldigten und andere (mitten im Semester!) nicht erreichbar waren.

Wir waren deshalb gezwungen, in der Frage der Auswahl von Befragten umzudisponieren und nun die "Türen abzuklappern". Streng genommen war hiermit immer noch das Zufallsprinzip bei der Auswahl Genüge getan, aber die Interviews wurden nun auf die Hochschulangehörigen beschränkt, die anwesend waren. In welche Richtung dadurch ein Einfluß auf die Ergebnisse ausgeübt wurde, konnte nicht eingeschätzt werden. Die Entscheidung wurde im Kurs gemeinsam getroffen und begründet. Eine andere Alternative sahen wir nicht und glaubten, daß jede Untersuchung mit dieser Thematik auf ähnliche Schwierigkeiten stoßen würde.

Die erste Folge dieser Entscheidung war die, daß die Gruppe der Professoren unterrepräsentiert wurde. Sie waren in der Regel nicht anwesend bzw. ließen durch die Sekretärinnen mitteilen, daß sie über einen in den nächsten 3 Wochen gefüllten Terminkalender verfügten. Der "Mittelbau" (Forschungsassistenten, Assistenten und Angestellte) war bereitwilliger und stellt das größte Kontingent der Befragten dar.

Insgesamt wurden 42 Dozenten in der Unterrichtsphase (Juni 1979) befragt. Sie verteilten sich auf folgende Fakultäten:

- 5 gehörten der Mathematischen Fakultät an  
(1 Professor, 2 Beamte auf Widerruf, 2 Angestellte)
- 7 gehörten der Soziologischen Fakultät an  
(3 Forschungsassistenten, 2 Angestellte, 2 Beamte auf Widerruf)
- 5 gehörten der Fakultät für Philosophie, Psychologie und Pädagogik an (2 Beamte, 2 Beamte auf Widerruf, 1 Angestellter)
- 8 gehörten den Fakultäten Biologie, Chemie und Physik an (2 Professoren, 3 Forschungsassistenten, 2 Beamte auf Widerruf, 1 Angestellter)
- 7 gehörten der Pädagogischen Hochschule an  
(4 Beamte auf Widerruf, 3 Angestellte)
- 2 gehörten der Fakultät für Rechtswissenschaften an  
(2 Beamte)
- 8 gehörten den Sondereinrichtungen an (Oberstufen-Kolleg,

Zentrum für Wissenschaft und berufliche Praxis,  
Institut der Didaktik der Mathematik).

Die Interviews wurden von einem Team (mindestens zwei Interviewer) teilweise mit Tonband bzw. ausführlichen Mitschriften durchgeführt.

### 3.2.2 Formen der "Konfliktabwehr" bei Angehörigen der Bielefelder Gesamthochschule

Die Auswertung der Interviews geschah in zwei Schritten. Zum einen wurde die allgemeine Einschätzung und Bewertung der befragten Hochschulangehörigen hinsichtlich der Repression an den Hochschulen ausgewertet, zum anderen wurde die persönliche Einstellung als Ausdruck der Verarbeitung der Wirklichkeit differenziert beurteilt.

Hinsichtlich der allgemeinen Einschätzung der gegenwärtigen Situation zeichneten sich folgende Unterschiede zwischen den Hochschulangehörigen ab:

- a) Die politische Repression an der Bielefelder Hochschule wurde von allen Befragten (unabhängig von den Fakultäten) als gering eingeschätzt. Im allgemeinen wurde das liberale und tolerante "Klima" der Hochschulleitung betont.  
Allerdings waren konkrete Fälle von Berufsverböten bzw. Einschränkungen der Lehr- und Forschungsfreiheit nur den Hochschulangehörigen bekannt, die selbst angaben, gewerkschaftlich organisiert zu sein oder im Bund demokratischer Wissenschaftler mitzuarbeiten. Sie verteilten sich schwerpunktmäßig auf die Sondereinrichtungen (insbesondere Institut der Didaktik der Mathematik und Oberstufen-Kolleg) sowie auf die Fakultäten für Soziologie und Philosophie, Pädagogik, Psychologie.
- b) 1/3 der Dozenten (14) schätzte ein, daß die eigentliche politische Disziplinierung viel "sublimier" stattfände und auch mit Hilfe von empirischen Methoden kaum erfaßbar sei. Sie fange mit der Auswahl der Mitarbeiter entsprechend den Vorstellungen der Professoren an und hörten bei der Mittelbewilligung oder -kürzung für Forschungen etc. auf. Dies trugen insbesondere Mitarbeiter der Fakultäten Soziologie, Philosophie, Psychologie, Pädagogik und Biologie vor.
- c) Die Hochschulangehörigen der Fakultäten für Soziologie, Philosophie, Psychologie und Pädagogik sowie die Sondereinrichtungen gaben mehrheitlich an, durch die Praxis der Berufsverbote verunsichert zu sein und sich bedroht zu fühlen. Übereinstimmend beurteilten sie die Verunsicherung bei ihren Kollegen als herausragend.

- d) Die befragten Mitglieder der Fakultäten Biologie, Mathematik, Physik, Chemie, Rechtswissenschaften und PH gaben eher an, durch die Praxis der Berufsverbote nicht verunsichert zu sein. Sie begründeten dies teilweise damit, selbst politisch nicht aktiv gewesen zu sein.
- e) Hinsichtlich der Gerüchte, daß "in Lehrveranstaltungen politische Äußerungen mitprotokolliert würden", zeigte sich ein Zusammenhang zwischen der Erkenntnis über die Verunsicherung gegenwärtiger Berufsverbotepraxis und der "Vermutung", daß mitprotokolliert wird. Die Fakultäten Mathematik, Biologie, Physik, Chemie, Rechtswissenschaft und PH verneinten diese Frage eher. Hier wurde bei Nachfragen oft die Begründung gewählt, das Fach sei "gesellschaftspolitisch nicht umstritten".
- f) Bei den studentischen Aktionen gegen das HRG wurden von der Hochschulleitung Verhaltensvorschriften weitergeleitet. Es kam jedoch zu keinerlei Verboten der Teilnahme an Veranstaltungen bzw. zu offenen Disziplinarmaßnahmen. Auch hier tauchte oft als Begründung wieder die Argumentation "des politisch-neutralen" Faches (Biologie) auf.
- g) Von den 42 Befragten unterschrieben 26 Hochschulangehörige den Aufruf zur Solidarität mit einem vom Berufsverbot Betroffenen.

Im zweiten Teil der Auswertung sollten die persönlichen Mechanismen ausgewertet werden, die als Folge von objektiv wahrnehmbaren Geschehnissen subjektiv verarbeitet, herauskommen. In der einschlägigen Literatur zu Biographiestudien finden wir verschiedene Begriffe für die je individuelle Art und Weise auf die Wirklichkeit und ihre Widersprüche zu reagieren. Thomae (1968) wählt den Begriff der "Lebens-technik" oder "Daseinstechnik". Darunter werden verschiedene Formen der Auseinandersetzung mit der Realität angegeben, die durchaus tiefenpsychologisch unbewußt ablaufen (Verdrängung, Identifikation, Regression) als auch "irrationale" Verhaltensweisen wie Aggression oder bewußt eingesetzte Reaktionen (Coping) subsumieren.

Thomae (1968) bevorzugt nach einer sorgfältigen Analyse verschiedener Termini den Begriff der "Daseinstechniken", weil er überdauernde Lebenssituationen seiner Meinung nach einbezieht. Er versucht sie an extremen Belastungssituationen des Alltags nachzuweisen. Es zeigte sich, daß seine "Daseinstechniken" sehr nahe den Formen der "Konfliktabwehr" (Kappeler u.a. 1977) ähnelten, die wir in den Interviews mit den Hochschulangehörigen fanden.

### 1. Leistungsbezogene Rechtfertigung des eigenen Verhaltens

Hochschulangehörige, die kein aktives Engagement zur Veränderung gegenwärtiger Zustände bevorzugten, begründeten dies mit bestimmten Prioritäten ihrer Hochschulkarriere z.B. Doktor-, Habilitations- und Forschungsarbeiten. Diese Prioritäten überlagern andere Aktivitäten z.B. gewerkschaftliche Arbeit, Kooperation mit anderen Kollegen und aktive Interessenvertretung. Entsprechend nimmt die Bedeutung dieser Aspekte nach ihren Aussagen in ihrem Leben ab und es tritt eine spürbare Entpolitisierung ein mit der Tendenz der Individualisierung und Privatisierung.

#### Beispiel:

"Ich habe sehr viel zu tun. Ich kann mich nicht um alles kümmern. Ich weiß, sie werden denken, daß ist nicht richtig. Man muß wissen, was um einen geschieht und wenn Unrecht geschieht, dann soll man sich auch dagegen wehren. Dies ist wohl irgendwie richtig. Ich habe meine Prioritäten jedoch anders gesetzt. Ich arbeite an meiner Habil und dies verlangt meine ganze Arbeitskraft..."

Im weiteren Gespräch werden von uns wichtige Fragen in Bezug auf Widersprüche der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung genannt, aber von dem Befragten nicht mehr als bedeutungsvoll im Sinne eines aktiven Engagements gewichtet.

"Es trifft zwar zu, daß wir bei uns Arbeitslosigkeit, auch unter Akademikern haben. Das ist eine traurige Tatsache. Viele können ihre Zukunft nicht mehr genau abschätzen. ... Sie denken jetzt wahrscheinlich, der kann gut reden, der hat ja eine sichere Stelle. So sicher ist die Stelle eben nicht. Ich stehe hier unter dem Qualifikationsdruck. Wenn ich die Hürden für meine Laufbahn nicht nehme, also die Habil schreibe, dann werde ich auch Schwierigkeiten bekommen. ... Ich bemühe mich deshalb die Voraussetzungen zu schaffen, daß es klappt. ... Gemeinsam mit anderen etwas dagegen machen? Das ist mir zu abstrakt. Wer setzt sich denn ein? Jeder bemüht sich doch so gut es geht, die Bedingungen zu schaffen. ..."

Bei einem anderen Befragten, der ebenfalls "leistungsbezogene" Kriterien für sein Verhalten angab, wird die "Widerspruchseliminierung" (Holzkamp 1973) deutlicher. Es wird darauf verzichtet, weitere Zusammenhänge aufzuzeigen, gesellschaftliche Faktoren zunehmend auszuschließen und einen Rückzug als Wissenschaftler mit einem wertfreien Standpunkt zu beziehen.

"Ich kenne Lehrerstudenten, die nicht in den Schuldienst übernommen wurden. Aktuell kenne ich das Berufsverbot von ... an der Soziologie-Fakultät. Dazu wird wohl was gemacht. ... Ein eigenes Berufsverbot droht mir nicht. ... Ich fühle mich von den bisher befragten politischen Einschränkungen nicht verunsichert, weil ich nicht aktiv gewesen bin. Ich finde mißtrauisch besser. Denn ich weiß nicht, was eigentlich alles mit der Personalakte geschieht. Mißtrauisch kann man da schon werden, wenn man das hört. ... Ich finde die Berufsverbotepraxis auch nicht gut. Insgesamt entschuldige ich mich für meine individualistische Haltung. Ich bevorzuge Freizeitaktivitäten. Ich habe verschiedene Hobbies, Reiten, Reisen... Im Unterricht will ich nicht mehr politisieren. Ich will Soziologie vermitteln, orientiert an Weber, und darauf konzentriere ich mich. ..."

In weiteren Interviews erfolgen "leistungsbezogene" Gründe in Orientierung auf "Selbstverwirklichungsaspekte" in der Arbeit und der Suche nach materiellen Vergünstigungen. Insbesondere im naturwissenschaftlichen Bereich wurden die Forschungsarbeiten unter diesen Gesichtspunkten betrachtet und in den Vordergrund geschoben.

## 2. "Formen" der Anpassung als Begründung für das eigene Verhalten.

Aussagen, die dieser Richtung von Formen der "Konfliktabwehr" zuzuordnen waren, tauchten am häufigsten auf (14 Hochschulangehörige). Grundsätzlich galt, daß eine Form der Anpassung an die jetzige Herrschaftspraxis als Voraussetzung für das eigene Überleben angesehen wurde. Die eigenen Aktivitäten werden den Veränderungen der Umwelt entsprechend ausgerichtet, ohne die eigenen Interessen und Bedürfnisse weiter aufrechtzuerhalten. Die zunehmende Abhängigkeit dieses Verhaltens wird nicht mehr erkannt. Das eigene Verhalten wird in Abhängigkeit von den Lebensumständen und Lebensbedingungen geändert. In den Äußerungen der Interviewten ergeben sich häufig Verknüpfungen von "leistungsbezogenen" Argumenten und Gründen für die Anpassung. Die Hochschulangehörigen, die dieser Kategorie zugeordnet wurden, konzentrierten den "energetischen" Aspekt der Leistung auf die Veränderung des eigenen Verhaltens und nicht mit Hilfe von Anstrengung/Leistung/Energie bestimmte Effekte in der Umwelt zu bewirken (z.B. durch Doktorarbeiten). Die Anpassungstechnik orientiert stärker auf die Veränderung des eigenen Verhaltens.

**Beispiel:**

"Ich finde, daß heute mit zweierlei Maß gemessen wird. Nazis und Linke. Nazis trifft es nicht. Aber neben der offenen Disziplinierung gibt es die subtilen Mechanismen, die wirken. Ich glaube, daß offen kaum jemand an der Bielefelder Uni politisch diszipliniert wird. Es gibt eben subtilere Formen, angefangen von der Einstellung der Leute, die Profs haben nun mal den längeren Hebel. Entweder man wird akzeptiert, dann verhält man sich einfach so oder nicht. Na, und was dann? Existenznot? Welche Alternativen hat man denn. Also ich akzeptiere dies, denn sonst würde ich gehen müssen. Wenn ich mich mal nicht so verhalte wie es erwartet wird, dann kriege ich keinen Fuß auf die Erde, keinen Antrag genehmigt, dann werde ich überall abgewimmelt, das betrifft besonders die Forschungstätigkeit. Deswegen prüfe ich immer, was wird von mir erwartet und wie stehe ich dazu. Kann ich das machen oder nicht. Von meiner Sicht geht es immer. Ich füge mich ein und wie ich sehe, funktioniert es. ..."

Es wird deutlich, daß in den meisten Fällen die Perspektiven eines gemeinsamen Handelns, um Abhängigkeiten zu beseitigen, nicht vorhanden sind. Es erscheint kurzfristig immer als erfolgreicher, sich individuell zu arrangieren und sich zu fügen. Die Vorteile liegen zunächst mal auf der Hand und werden nicht nur kognitiv, sondern auch emotional günstig bewertet. Das Risiko, sich zu wehren, eventuell Bündnispartner zu suchen, scheint zu groß. Kognitiv wird es als Bedrohung der Existenz erlebt (mangels besserer Erfahrung und Hoffnung), emotional entsteht mit diesem Risiko Angst und Unsicherheit. Es entsteht das Bedürfnis, Angst und Unsicherheit zu reduzieren und damit oft die Entscheidung den subjektiven Erlebnis- und Verhaltensraum nicht aktiv zu verändern, sondern das eigene Verhalten so zu ändern, daß es in Einklang mit den Anforderungen der Umwelt steht.

"Es wird doch in unserem Staat deutlich, daß größere Bewegungen kaum Chancen haben, erfolgreich zu sein. Die Umweltschutzbewegung ist doch schon groß und trotzdem ist der Erfolg nicht in Sicht. Wieviele Berufsverbote werden ausgesprochen und was nützt der Protest? Viele machen doch schon den Mund nicht mehr auf. Ich denke, daß bei uns die Mächtigen die Fäden in den Händen haben und wir erstmal schachmatt gesetzt sind. Ich habe keine Hoffnung, daß dies sich ändert. Ich sehe auch keine Partei oder Gruppe, die Aussicht auf Erfolg hätte, mehr Leute zu bewegen. Ich arrangiere mich und entwickle meine Bedürfnisse. Es geht mir nicht schlecht.



Bei fortschreitender Anpassung kann es zu einer Identifikation mit den Mächtigen kommen und damit zu einer Unterstützung der Kräfte, die Veränderungen von vornherein zu verhindern versuchen.

Beispiel: Die Konfrontation von Hochschulangehörigen mit der Aufforderung, eine Unterschrift gegen einen vom Berufsverbot Betroffenen zu geben, führte zu Äußerungen wie  
 "Ich bin gegen Berufsverbote, aber der ist ja Kommunist und Kommunisten gehören nicht in den Staatsdienst."  
 Die Identifikation ging in einigen Aussagen so weit, daß die Hochschulangehörigen die Argumentation des Staates übernahmen

"der Staat müsse sich vor Extremisten schützen" ...  
 "Es kann nicht jeder Beamter werden bzw. im öffentlichen Dienst arbeiten" ... "Es muß ein klares übersichtliches einmaliges Verfahren sein ..."

Dieser Identifikation geht im allgemeinen eine Verinnerlichung der vorherrschenden Normen voraus. Holzkamp (1977; in: Kappeler ebd.) betont, daß dieser Form der "Konfliktabwehr" eine "Bescheidung" vorausgeht. Es entsteht eine scheinbare Zufriedenheit mit dem Erreichten und eine weitere Perspektive für Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen wird nicht mehr in Aussicht genommen. Holzkamp begründet den Verzicht auf Veränderungen mit einer "Nullpunktverschiebung", die auch auf andere Personen, insbesondere solche, die sich nicht abgefunden haben, erstreckt wird. Sie würden als "Radikale", als "Spinner" etc. abqualifiziert. Dadurch würde die eigene "Bescheidung" gerechtfertigt.

### 3. Weitere Formen der "Konfliktabwehr": "Defensive" und "evasive" Begründungen für eigenes Verhalten.

Wir haben unter diese Formen von "Konfliktabwehr" besonders die Aussagen zugeordnet, die von einer Verharmlosung der jetzigen Praxis bis hin zur Ablehnung jeglicher politischer Repression reichten. Hinsichtlich "Fluchttechniken" waren besonders die Aussagen interessant, die von Hochschulangehörigen kamen, die früher politisch und gewerkschaftlich engagiert waren. Hier wurden oft als Begründungen für die Abwehr vom politischen Engagement die "Hoffnungslosigkeit" des eigenen Tuns und die "Gefährdung" der Existenz angesprochen.

Beispiel:

"Eigentlich möchte ich nicht mehr über die Vergangenheit reden. Ich war als studentischer Vertreter in den Hochschulgremien und habe dort aktiv für Veränderungen gekämpft. Ich habe große Töne von Mitbestimmung, gegen den Krieg in Vietnam, gegen die Notstandsgesetze geredet. Ich hielt es vielleicht auch damals für wichtig. Ich stehe jetzt dem ganzen etwas skeptischer gegenüber. Die Notstandsgesetze haben doch nicht die Gefahr gebracht, wie ich sie gesehen habe. Das Klima ist doch immer noch tolerant. Der Krieg in Vietnam ist zwar zu Ende, dafür sind jetzt die Vietnamesen, die das Volk unterdrücken, andere Völker bekriegen. Dafür kann ich mich heute nicht mehr engagieren. Das Flüchtlingselend spricht doch deutlich dafür, daß dort alles anders läuft, als ich mir das vorgestellt habe. Ich bin jetzt Assistent und habe mein Auskommen. Eine weitere Stelle ist mir zugesichert worden, wenn meine Doktorarbeit abgeschlossen ist. Und Berufsverbote ... klar, das ist eine schlimme Sache. Ich würde mich daher auch nicht mehr organisieren. Wer sich nicht organisiert, hat ja auch nicht die Schwierigkeiten. ... Nur wer DKP-Mitglied - aktiv auch noch - kriegt doch keine Stelle. Ich glaube, da kann man nichts gegen machen. Der Staat ist doch der Stärkere. Ich kenne auch Leute von der DKP, die halten sich dementsprechend auch zurück. Das finde ich richtig. Eine Zeitlang sich zurückhalten vielleicht später, wenn die Verhältnisse andere sind, kann man wieder stärker politisch arbeiten. ... Für mich ist meine Existenzgrundlage wichtig. Ich bekomme ein Kind, na ja, da ist das enorm wichtig. Politisches Engagement will ich nicht ausschließen, kommt darauf an, wofür."

Insgesamt zeigten die Interviews, daß es eine Reihe von Voraussetzungen gibt, die für eine Konfliktverarbeitung im Sinne der "kritischen Psychologie" gelten.

- a) Im Vordergrund steht bei einem Teil der Befragten die Frage, lohnt es sich, unter gegenwärtigen Bedingungen politisch aktiv zu werden. Welche Vor- und Nachteile habe ich von einem Engagement? Es zeigte sich, daß Hochschulangehörige dann zu "Formen" der "Konfliktabwehr" wie "Anpassung", "Leistungsorientierung", "defensive" und "evasive" Reaktionen neigen, wenn sie für sich ein aktives Engagement ausschließen. Diese Entscheidung hängt mit kognitiven und emotionalen Bewertungen der jetzigen Situation zusammen, die durch "mangelnde Hoffnung, etwas zu ändern", "Nutzlosigkeit und Sinnlosigkeit" eigenen politischen Handelns, "Gefährdung der eigenen Existenz" gekennzeichnet sind.
- b) Es kommt dann zu einer Umorientierung der Haltung und der Einschätzung von politischen Gegebenheiten. Die Vorgänge werden stärker "unhistorisch", und "statisch" betrachtet, eine Anpassung vollzogen und die eigenen Bedürfnisse und Interessen zurückgestellt bzw. so modifiziert und umgedeutet, daß sie nicht mehr als Quelle für Widersprüche auftauchen können.

- c) Im Verhalten der Hochschulangehörigen tauchen dann öfters "Antizipationen" möglicher Unterdrückungsformen auf, die von vornherein umgangen werden, indem bestimmte Ansprüche zurückgeschraubt werden, "dem professoralen Ratschlag" gehört wird, eine "Selbstzensur" eigener Handlungen eintritt.
- d) Die Form der "Konfliktabwehr" und die einhergehenden Einstellungsveränderungen bestimmen dann auch die Wahrnehmung des "politischen Klimas" an der Hochschule. Bestimmte Unterdrückungsformen und aktuelle offene Disziplinierungen werden nicht aufgenommen.
- e) Das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, warum auch in den Intensivinterviews die gewerkschaftlich organisierten und orientierten sowie politisch arbeitenden Hochschulangehörigen sich durch das gegenwärtige politische Klima mehr beeinflusst und beeinträchtigt sehen. Sie neigen zu einer "Konfliktverarbeitung", wobei sie versuchen, mit anderen Solidarität zu zeigen und für Veränderungen im Hochschulbereich einzutreten. Aber auch zeigen sich erhebliche Unterschiede im Engagement des Einzelnen, die noch weiter untersucht werden müssen.

## Literaturverzeichnis

- Basten, Doris (1976): Ich, die "Verfassungsfeindin" - Lebenslauf einer vom Berufsverbot Betroffenen. Blätter für deutsche und internationale Politik, 6, S. 896-909
- Bethge, Horst/ Roßmann, Erich (1973): Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstands. Köln: Pahl-Rugenstein-Verlag
- Bundesvorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftler gemeinsam mit dem Arbeitsausschuß der Initiative "Weg mit den Berufsverboten an den Hochschulen der BRD", Heft 24, 1980
- Enderlein, Hinrich (1978): Berufsverbote - ein Wendepunkt. Blätter für deutsche und internationale Politik, 12, S. 1467-1470
- Engelmann, Bernt (1979): Trotz alledem Deutsche Radikale 1777-1977. Reinbek b. Hamburg; Rowohlt Verlag
- Gottschalch, Wilfried (1978): Es wächst die Gefahr, daß mühsam entfaltete Menschlichkeit vor die Hunde geht. Die psychischen Auswirkungen der Berufsverbote auf Opfer und Verfolger. päd extra 5, S. 20-24
- Grimm, Bodo und Siebels, Focko (1977): Wissenschaftsverbot und politische Repression. Eine Fallstudie. Blätter für deutsche und internationale Politik 1, S. 94-105
- Hermsen, Hans (1980): Politische Repression an den Hochschulen. Erste Umfrageergebnisse einer Befragung. Neue Deutsche Schule 3, S. 66-68
- Holzcamp, Klaus (1973): Sinnliche Erkenntnis - Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Frankfurt/M.: Fischer-Athenäum
- Kappeler, Manfred/ Holzcamp, Klaus/ Holzcamp-Osterkamp, Ute (1977): Psychologische Therapie und politisches Handeln. Frankfurt/M.-New-York: Campus Verlag
- Keller, Rudi (1977): Wie bietet man Gewähr dafür, daß man jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt? Ein semantischer Beitrag zur Diskussion des sog. Radikalenerlasses. Linguistik und Didaktik 29, 29-35
- Kommission "Berufsverbote" in der Deutschen Gesellschaft e.V. (1979): Auswirkungen des "Radikalen-Erlasses" im Hochschulbereich - Ein Bericht über eine empirische Untersuchung. Neue Praxis 2, S. 137-146
- Kurz, Ingrid (1978): Der Anfang vom Ende der Berufsverbote? Chancen und Widersprüche der gegenwärtigen Auseinandersetzung. Blätter für deutsche und internationale Politik 11, S. 1323-1331
- Kutscha, Martin (1979): Verfassung und "streitbare Demokratie". Historische und rechtliche Aspekte der Berufsverbote im öffentlichen Dienst. Köln: Pahl Rugenstein Verlag

- Parsons, T. und Shils, E.A. (1951): *Toward a general theory of action*. Cambridge, Mass: Univ.Press
- Paech, Norman (1978): *Gesinnungsjustiz. Zur politischen Justiz der Radikalenverfolgung*. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8, S. 699-711
- Schröter, Ulrike (1978): *Anklage gegen das Berufsverbot*. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6, S. 711-717
- Spoö, Eckart (1977): *Berufsverbote ermuntern rechte und faschistoide Kräfte*. *Demokratische Erziehung* 1, S. 54-57
- Stipendiatengruppe der Hans-Böckler-Stiftung Münster (1978): *Umfrage unter Lehrenden der Münsteraner Universität und Pädagogischen Hochschule über Auswirkungen der Berufsverbote bei Studenten und Lehrenden*. *Psychologie heute* 1, (Kurzbericht)
- Thomae, Hans (1968): *Das Individuum und seine Welt. Eine Persönlichkeitstheorie*. Göttingen: Verlag für Psychologie Dr. C.J. Hogrefe
- Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse*  
*Materialien für Studenten, Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst* (1972): Köln: Pahl Rugenstein